



Freie Berufe



Der neue Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen trägt den Titel:

Verantwortung für ein starkes NRW

Nach einer dreiwöchigen Verhandlungsphase stellte Rot-Grün am 12. Juni 2012 in Düsseldorf ihren Koalitionsvertrag vor, der die Regierungsziele der nächsten fünf Jahre beschreibt. Wichtig ist den Koalitionspartnern, gesamtgesellschaftlich miteinander die Zukunft zu gestalten. Hier finden Sie Auszüge aus dem Koalitionsvertrag:*

*Der vollständige Koalitionsvertrag kann auf unserer Homepage unter www.vfb-nw.de abgerufen werden.

Die neue Landesregierung will die Kultur des Dialogs, die sie als Minderheitsregierung begonnen hat, fortsetzen. Ihr Ziel ist die beste Bildung für alle und die Einführung einer Ausbildungsgarantie. Die Haushaltspolitik soll aus einem Dreiklang bestehen – gezielt sparen, in Zukunft investieren und Einnahmen erhöhen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Dabei setzen sie auf die Einführung der Vermögensteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Zukunftsinvestitionen, die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer und die Reform der Erbschaftsteuer. Für SPD und Bündnis 90/Die Grünen bildet der Mittelstand ein breites und tragfähiges Fundament einer erfolgreichen nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Sie wollen dabei helfen, quali-

fizierte Fachkräfte zu gewinnen. Die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen soll mit einem Mittelstandsgesetz auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Gesundheitspolitik soll an den Patienten orientiert und damit Basis für eine leistungsstarke Gesundheitswirtschaft werden.

Bildungspolitik

Für Rot-Grün ist gute Bildungspolitik zugleich präventive Sozial-, Wirtschafts- und Integrationspolitik. Zentrales Thema ist der quantitative und qualitative Ausbau von frühkindlichen Betreuungsplätzen. Sie wollen kein Kind zurücklassen. Dafür wollen die Koalitionspartner die Studien- und Berufswahlorientierung flächendeckend ausbauen und das Übergangssystem von der Schule in den Beruf wirksam optimieren. Auch sollen die Kompetenzen zur Lebensgestaltung unter anderem durch die Vermittlung von allgemeiner Verbraucher-, Gesundheits- und Ernährungsbildung gestärkt werden. Ebenso setzt Rot-Grün auf Partnerschaften von Schulen mit Unternehmen beim neuen Übergangsmanage-

Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

„NRW im Herzen“, so lautete der Wahlkampf-Slogan von Hannelore Kraft, die am 20. Juni 2012 im Landtag von NRW zur neuen Ministerpräsidentin gewählt wurde. „NRW im Herzen“ zu tragen, ist gut für das Gefühl, aber wir brauchen tragfähige Konzepte, wenn man ein Land regieren will, dessen Pro-Kopf-Verschuldung deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Flächenländer liegt.

Die Freien Berufe in NRW begrüßen es daher ausdrücklich, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Einführung der Schuldenbremse in die Landesverfassung in ihren Koalitionsvertrag ins Auge gefasst haben.

Für NRW benötigen wir aber neben einer Konsolidierungsstrategie auch Spielräume für Investitionen in die Zukunft. Investitionen in Bildung, Wirtschaft, Bauen, Wohnen, Familie und Gesundheit bringen immer noch die besten Zinsen. Sie machen den Standort NRW attraktiv für Bewohner und für uns als Freiberufler.

Der neuen Regierung und der Opposition wünschen wir eine gute und stabile Legislaturperiode, in der die wichtigen Weichen für die Zukunft des Landes NRW erfolgreich gestellt werden können.

Herzlichst bin ich Ihr

Hanspeter Klein

Vorsitzender des VFB NW

ment von Schule und Beruf. Sie wollen dafür sorgen, dass jeder Jugendliche einen „Anschluss an den Abschluss“ erhält und so eine Ausbildungsgarantie ermöglichen. Unterrichtsfreie Zeiten sollen durch Jugendliche für ihre Berufsfindung genutzt werden. Alle Entwicklungsschritte der Jugendlichen sollen in einem Ausbildungspass dokumentiert werden. Von der Wirtschaft erwartet die neue Landesregierung verbindliche Zusagen zur Bereitstellung von Praktikumsplätzen für die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung sowie von Ausbildungsplätzen deutlich über dem Niveau der letzten Jahre. Eine regionale Umlagefinanzierung soll geprüft werden, falls die Zahl der von den Unternehmen bereitgestellten Praktikums- und Ausbildungsplätze nicht ausreichen sollte. Auch möchten SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Kunst- und Musikhochschulen stärken. Ostwestfalen-Lippe soll zur Modellregion für die praktische Medizinausbildung werden. Dazu soll ein Kooperationsmodell zwischen der Universität Bielefeld und der Ruhr-Universität Bochum angestoßen werden.

Mittelstandspolitik

Die neue Regierung will den Mittelstand stärken, um für Wachstum, Innovation und Beschäftigung Impulse zu setzen. Dazu soll der Entwurf für ein Mittelstandsgesetz schnellstmöglich in den Landtag eingebracht werden. Ein wesentliches Instrument des Gesetzentwurfes für eine Stärkung der mittelständischen Wirtschaft in NRW ist ein Clearingverfahren, bei dem alle mittelstandsrelevanten Vorhaben der Landesregierung frühzeitig auf ihre Folgen für die Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft und der Freien Berufe untersucht werden. Auch möchte die neue Landesregierung mittelständische Unternehmen von unnötigen bürokratischen Hemmnissen entlasten. Das duale Ausbildungssystem soll zur Erhaltung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit erhalten und ausgebaut werden. Rot-Grün will darauf hinwirken, dass Gründungsprozesse beschleunigt und das Gründungsklima in NRW weiter verbessert werden. Ebenfalls möchten sie die gemeinwohlorientierte

Wirtschaft der Freien Berufe stärken. Sie halten an der Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft fest und wollen die Kammern bei der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben weiter unterstützen. Auch möchte sich die neue Landesregierung im Rahmen der Energiewende auf Bundesebene für eine Aufstockung der Mittel für Gebäudesanierung und für das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz auch für Bestandsgebäude einsetzen.

Ländlicher Raum und Breitband

Für die Koalitionspartner ist der ländliche Raum in NRW wirtschafts- und lebenswert. Sie wollen Beschäftigung und Wertschöpfung im ländlichen Raum halten. Dafür will die neue Landesregierung verstärkt in Ausbildung und Qualifikation der Menschen investieren. Ein schnelles Breitbandnetz auch in den ländlichen Regionen von NRW ist existenziell für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. In Zusammenarbeit mit der Bundesebene und anderen Bundesländern möchte Rot-Grün das Ziel einer Breitbandversorgung von 50 MBit/s für alle Haushalte gewährleisten und dies bis 2018 erreichen.

Bauen und Wohnen

Rot-Grün will in NRW starke und lebenswerte Städte und Regionen schaffen. Sie wollen gegenüber der Bundesregierung auch weiterhin auf die Ausstattung der Städtebaufördermittel in bisheriger Höhe dringen. Das gilt insbesondere für die Förderprogramme „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“. Grundsätzlich wollen sie sich dafür einsetzen, dass die Bundesmittel für die Stadtentwicklung insgesamt auf hohem Niveau verstetigt werden. Darüber hinaus soll die Neuorientierung der sozialen Wohnraumförderung fortgesetzt, die energetische Erneuerung intensiviert, Bestandhalter unterstützt und die Landesbauordnung unter Berücksichtigung von Kinderbelangen und Rücksichtnahme auf vorhandene Natur sowie von Brandschutz fortentwickelt werden.

Gesundheitspolitik

Ziel der neuen Landesregierung ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und ohne Hürden zugängliche gesundheitliche und medizinische Versorgung für alle Bürger in NRW – unabhängig von sozialem Status, Alter, Herkunft oder Geschlecht. Rot-Grün möchte ihren Einfluss geltend machen, um einkommensunabhängige Gesundheitsprämien zu verhindern. Auch will die neue Landesregierung darauf hinwirken, dass die solidarische Krankenversicherung und Pflegeversicherung in Richtung einer Bürgerversicherung weiterentwickelt wird. Außerdem fordern sie die Abschaffung der Praxisgebühr. Auch wollen sie die an der gesundheitlichen Versorgung beteiligten Institutionen in NRW dabei unterstützen, dass die Arbeitsbedingungen für die in der medizinischen Versorgung beschäftigten Menschen verbessert werden. Rot-Grün will die medizinische und gesundheitliche Versorgung in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozial benachteiligten Stadtteilen sichern und verbessern sowie die ambulante und wohnortnahe Versorgung stärken. Des Weiteren möchten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene für eine Änderung der Approbationsordnung für Ärzte einsetzen, um zukünftig die Vermittlung von Genderwissen und Handlungsmöglichkeiten in der ärztlichen Ausbildung zu verankern.

Steuern und Kommunen

Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefortschrittsteuer mit einer nachhaltig verbreiterten Erhebungsbasis weiterentwickelt werden. Auch strebt Rot-Grün eine Reform der Grundsteuer an. Die Koalitionspartner wollen sich dafür einsetzen, dass die Umsatzsteuerfreiheit gebührenrechnender kommunaler Betriebe erhalten sowie der steuerliche Querverbund beibehalten wird. Das kommunale Ehrenamt soll gestärkt werden. Probleme für Freiberufler bei der Ausübung des Ehrenamts durch wachsende Berufsanforderungen will die neue Landesregierung mit dem Ziel einer Lösung besonders überprüfen. Auch soll die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden.

Recht

Alle Bürger müssen unabhängig von ihrem Einkommen, ihre Rechte durchsetzen können. Gleicher Zugang zum Recht setzt den gleichen Zugang auch bereits zur Rechtsberatung im Vorfeld eines Rechtsstreits voraus. Rot-Grün will sich weiter dafür einsetzen, dass Änderungen im Prozesskosten- und Beratungshilferecht diesen Maßstäben gerecht werden. Weiter wollen sie, dass alle Rechtsanwälte und Notare mit den Gerichten in elektronischer Form sicher kommunizieren können. Auch soll der Rechtskundeunterricht an Schulen weiter ausgebaut werden.

Kulturpolitik

SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen sich den kulturpolitischen Herausforderungen stellen und Antworten in einem transparenten Dialog auf Augenhöhe mit den Kulturbeteiligten entwickeln. Sie wollen ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot zu erschwinglichen Preisen und mit niedrigen Zugangsschwellen für alle. Der Prozess für die Erarbeitung eines NRW-Kulturfördergesetzes soll fortgesetzt werden. Auch soll geprüft werden, ob für Kommunen in finanziell schwieriger Situation ein Grenzwert für die Kulturförderung gesichert werden kann.

Europapolitik

Die neue Landesregierung will ihren Einfluss in Brüssel und Straßburg weiter stärken. Dazu will sie den frühzeitigen Austausch mit der EU-Kommission pflegen. In der Vertretung des Landes NRW in Brüssel sehen sie ein wichtiges Instrument der Interessenvertretung. Sie wollen eine EU, die sich nicht an den niedrigsten, sondern an den höchsten sozialen Standards als Zielvorgabe orientiert.

„Meine Chance Freie Berufe“



Zur Ausbildungsmesse „vocatium Rheinland 2012“ gibt der VFB NW eine neue Ausbildungsbroschüre heraus. Die Broschüre mit dem Titel „Meine Chance Freie Berufe“ will junge Menschen, die sich in der Phase der Berufsorientierung befinden, über die beruflichen Möglichkeiten bei den Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen der Freien Berufe informieren.

Die Broschüre ist als PDF auf der Homepage unter www.vfb-nw.de abrufbar oder kann als Druckexemplar beim VFB NW angefordert werden.



Neues Internetportal: www.existenzgruenderinnen.de

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) möchte Frauen für die berufliche Selbstständigkeit sensibilisieren und hat dazu ein neues Internetportal eingerichtet. Unter www.existenzgruenderinnen.de finden gründungsinteressierte Frauen umfassende Informationen und Empfehlungen für den Weg in die unternehmerische Selbstständigkeit.



Freiberuflichkeit ist Kern unseres Selbstverständnisses



Sechs Fragen an
Rudolf Henke,
Präsident der Ärztekammer
Nordrhein

Verband Freier Berufe NRW (VFB NW):

Vom 22. bis 25. Mai 2012 hat der 115. Deutsche Ärztetag in Nürnberg stattgefunden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Klärung der Frage, wie auch in Zukunft eine chancengleiche und hochwertige Patientenversorgung finanziert und sichergestellt werden kann. Welche Antwort hat die Ärzteschaft auf diese Frage?

Henke: Der jüngste Deutsche Ärztetag hat erst den Startschuss für eine innerärztliche Debatte über das Krankenversicherungssystem der Zukunft gegeben. Bis zum nächsten Ärztetag 2013 will die Bundesärztekammer in Zusammenarbeit mit einem gesundheitsökonomischen Beirat einen Forderungskatalog entwickeln. Unser Finanzierungskonzept soll eine dauerhaft gute Versorgung gewährleisten und den Grundsätzen der ärztlichen Freiberuflichkeit gerecht werden.

In einem wichtigen Punkt hat sich die Ärzteschaft in Nürnberg schon festgelegt: Wir treten für das duale System mit seinen beiden Säulen Gesetzliche Krankenversicherung und Private Krankenversicherung ein. Die im internationalen Vergleich erstklassige Gesundheitsversorgung in Deutschland ist kaum vorstellbar ohne unser gewachsenes zweigliedriges Krankenversicherungssystem. Bei allen Problemen, mit denen auch die privaten Versicherungen zu kämpfen haben: Gäbe es die Konkurrenz mit den Privaten nicht, wären die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen sicherlich schmäler als heute. Auch mit der Einführung von Innovationen sind die privaten Versicherungen häufig schneller als die gesetzlichen Kassen, auch das ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Qualität der Versorgung.

VFB NW: Auch über das Patientenrechtegesetz wurde auf dem Deutschen Ärztetag beraten. Wieso ist ein Patientenrechtegesetz so wichtig?

Henke: Aus unserer Sicht wäre ein Patientenrechtegesetz nicht zwingend erforderlich gewesen, weil Deutschland in internationalen Vergleichen ohnehin eine Spitzenstellung bei den Patientenrechten einnimmt. Diese hat sich entwickelt im Zusammenspiel von Vertragsrecht, Haftungsrecht, ärztlicher Berufsordnung und einem über Jahrzehnte hinweg sorgfältig entwickelten Richterrecht. Allerdings konnten wir die Argumentation der Bundesregierung nachvollziehen, dass die Bündelung der Patientenrechte in einem Gesetz mehr Transparenz für die Patientinnen und Patienten schafft, und haben uns deswegen nicht gegen das Vorhaben gesperrt. Im Wesentlichen wird das Gesetz bereits geltendes Recht kodifizieren, will es aber nicht im Kern ändern, sodass es nicht zu einer Belastung der Patient-Arzt-Beziehung führen sollte.

VFB NW: Wie bei anderen Freien Berufen, z. B. bei den Rechtsanwälten oder den Zahnärzten, gibt es bei den Ärzten eine Gebührenordnung. Diese soll novelliert werden. Warum?

Henke: Die Novelle der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), so wie sie im Koalitionsvertrag von 2009 angekündigt wurde, ist für uns Ärztinnen und Ärzte außerordentlich wichtig. Denn die völlig veraltete GOÄ erfüllt ihre zentrale Funktion nicht mehr, die Vergütung zwischen Arzt und Patient auf klare und faire Weise zu regeln. Die Folge sind Unklarheit, Verunsicherung, Rechtsstreitigkeiten und damit Störungen im Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt. Natürlich geht es auch um Leistungsgerechtigkeit. Der Staat ist verpflichtet, für den freien Arztberuf eine amtliche Gebührentaxe mit angemessenen Bewertungen zu erlassen. Diese Pflicht wurde allzu lange schlichtweg versäumt.

VFB NW: Am 13. Mai 2012 wurde in Nordrhein-Westfalen der neue Landtag gewählt. Was wünschen Sie sich von der Regierung?

Henke: Wir wünschen uns eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit für das gemeinsame Ziel einer guten Gesundheits-

versorgung in unserem Land – sei es für eine leistungsfähige, wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung oder für eine sinnvolle Weiterentwicklung der flächendeckenden stationären Versorgungsstrukturen im neuen Krankenhausrahmenplan. Auch bei der sektorenübergreifenden Betrachtung der Versorgung sollte die Regierung auf den Sachverstand der Ärztekammer zurückgreifen, wir gehören in das neu gebildete gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V. Darüber hinaus wünschen wir uns für NRW einen strikten Schutz vor den gravierenden gesundheitlichen Gefahren, die auch das Passivrauchen birgt.

VFB NW: Wie wichtig ist die Freiberuflichkeit für die Ärzteschaft in Deutschland?

Henke: Die Freiberuflichkeit ist Kern unseres Selbstverständnisses. Ob in wirtschaftlicher Selbstständigkeit oder im Angestelltenverhältnis tätig, wir alle nehmen als Freiberufler für uns Therapiefreiheit in Anspruch und wollen Verantwortung für das Wohl unserer Patientinnen und Patienten übernehmen – und zwar unabhängig von Weisungen Dritter und von kommerziellen Gesichtspunkten.

VFB NW: Wie kann der Verband Freier Berufe in NRW die Ärzteschaft unterstützen?

Henke: Indem er mit uns gemeinsam in der Öffentlichkeit und im politischen Raum das Bewusstsein für die enorme Bedeutung der Freien Berufe für das Wohlergehen der Bevölkerung und den Wohlstand unseres Landes wachhält.

Impressum



Verband Freier Berufe

im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.
Dipl.-Ing. Hanspeter Klein (V. i. S. d. P.)
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4361799-0
Fax: 0211 4361799-19

info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de

Redaktion:

André Busshuven, Katharina Kosub,
Daniela Leminski

Konzept und Gestaltung: InDeMa, Essen

Druck: Koch Druckerei & Verlags GmbH, Neuss

Bildnachweis: Ärztekammer Nordrhein, BMWi,

VFB NW